

POLITIK & MACHT

ago, Washington und die Bücher, die niemand öffnet

Vera Kastner · 16. September · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Es gibt einen Satz, den Diplomaten in Genf lernten: Wer die Bücher nicht vorlegt, hat bereits gestanden. Die Ukraine legt ihre Bücher nicht vor. Das Defizit ist keine Zahl — es ist die sichtbare Spur eines Systems, das sich weigert, sich erklären zu lassen.

Über die Ursache wird gestritten, und genau dieser Streit ist die Nachricht. Wer über Zahlen streitet, statt sie offenzulegen, macht die Verwaltung der bisherigen Mittel selbst zur Streitfrage. Die europäischen Hauptstädte sollen nachlegen — doch jeder weitere Euro betritt ein Haus, dessen Grundbuch niemand sehen darf. Die zusätzliche Unterstützung muss gegen eigene politische und finanzielle Prioritäten abgewogen werden, solange die Kassenführung im Dunkeln bleibt.

In Washington und Brüssel laufen diplomatische Kanäle, während militärische Eskalation jede Verhandlungslücke füllt. Die

internationale Dimension zieht Washington, Europa, Teheran in einen Knoten — jeder Faden mit eigener Spannung.

Innen frisst sich die Affäre „Karthago“ durch die ukrainische Führung, verschärft die Instabilität, schwächt Präsident Selenskyj in dem Moment, in dem er neue Milliarden anfordert. Wer außen Geld einnimmt, muss innen beweisen, dass er es nicht verbrennt. Selenskyj kann es nicht. Der Rücktritt des Generalstaatsanwalts Krawtschenko belegt: Korruption ist kein Restposten, sondern laufender Betrieb.

Raketen fliegen, Vergeltung wird angedroht. Die Revolutionsgarden Irans sind in die Angriffe verwickelt — die Spannung im Nahen Osten greift auf den Schützengraben über. Während Kiew über fehlende Mittel klagt, greifen die USA iranische Öltanker an — eigene Logik, eigene Brutalität.

Wer profitiert? Unklar. Wer verschweigt? Alle, die die Bücher nicht öffnen. Welche Struktur trägt es? Eine, in der Krieg und Intransparenz einander nicht ausschließen,

IN DIESER AUSGABE

ENERGIE & KLIMA

TRUMPS ÖLWAHNSINN: WER KASSIERT, WER ZAHLT

DRAHTZIEHER

Die Bühne heißt Taiwan, das Drehbuch kommt aus Washington

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Allgemeingenehmigung: Vertrauen statt Kontrolle

KRISEN & KONFLIKTE

Trump und das Diesel: Wer schweigt, wer profitiert?

PHARMA & MEDIZIN

FDA politisiert Impfstoff — Moderna legt die Rechnung

FINANZEN & WIRTSCHAFT

DUBAI SCHLÄGT IRAN DIE TÜR ZU

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DNS-Sonden und schwarze Listen — wer prüft die Prüfer?

KLIMAWANDEL

Bunte Versprechen, graue Bilanzen

POLITIK & MACHT

Ein Satz, zwei Souveräne — die Mechanik hinter Trumps Falkland-Spiel

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Heilen im Auftrag der Stifter

ENERGIE & KLIMA

Ballon, Barrel, BRICS — wer dreht hier wirklich am Hahn?

sondern brauchen.

Man nannte das früher die Architektur des Misstrauens. Sie wurde nur moderner.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260916_2054_03536.html

ENERGIE & KLIMA

TRUMPS ÖLWAHNSINN: WER KASSIERT, WER ZAHLT

Jack Hollis · 18. September · Dossier

Dass der Sprit an der Zapfsäule vier Dollar kostet, hat einen Namen. Er steht nicht auf der Quittung.

Donald Trump sagt es selbst. Hohe Ölpreise? „Wir machen eine Menge Geld.“ Die USA sind der größte Ölproduzent der Welt. Nettoexporteur seit 2020. Fünf Millionen Barrel raffinierte Produkte täglich gehen raus in die Welt. Fracking wird ab sechzig, siebzig Dollar pro Barrel profitabel. Bei hundert lacht die Kasse.

Fracker. Raffinerien. Pipeline-Betreiber. Die nüchterne Liste der Gewinner.

Aber Trump will niedrige Energiepreise. Das war sein Versprechen. Hohe Preise belasten die Wirtschaft. Es widerspricht sich.

Also lügt einer.

Die Struktur dahinter: Trumps „Energie-dominanz“ ist Geopolitik mit Öl als Waffe. Erst Venezuela, dann Iran. Die Ströme werden umgelenkt. China soll geschwächt werden. Denn China kauft neunzig Prozent des iranischen Öls. Seit April 2025 in Renminbi abgerechnet — nicht in Dollar. Das ist der eigentliche Feind. Nicht die Mullahs.

Die Straße von Hormus ist blockiert. Zwanzig Prozent des globalen Öls fließen dort. Die Hälfte geht nach China. Peking sieht seine Energiesicherheit bedroht. Verurteilt die Angriffe als „eklatanter Verstoß gegen die Souveränität“. Russland, Nordkorea fallen bei. Eine Anti-USA-Allianz formiert sich.

In Washington spielt man ein scharfes Spiel. Finanzminister Bessent will Iran „wirtschaftlich ersticken“. Die erste Sanktionsrunde trifft kleine chinesische Firmen — nicht die großen Raffinerien. China droht mit Vergeltung. Sprecher Lin Jian: „illegale einseitige Sanktionen.“ Das geplante Xi-Treffen im Weißen Haus steht auf der Kippe.

Unklar bleibt, wer den längeren Hebel hat. US-Behörden kämpfen gegen Schattenflotten und illegale Finanznetzwerke. Das Volumen wächst schneller als die Maßnahmen.

An der Zapfsäule zahlt der Arbeiter. Im Boardroom wird gezählt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260918_2157_03588.html

DRAHTZIEHER

Die Bühne heißt Taiwan, das Drehbuch kommt aus Washington

Twilight Sterling · 15. September · Dossier



Peking und Moskau reden gern vom Kalten Krieg, den die NATO angeblich noch führe. Schöne Worte. Wer dem Geld folgt, sieht eine andere Geschichte. Die NATO expandiert. Die USA verstärken ihre Präsenz im Pazifik, um China abzuschrecken. Taiwan rüstet auf, das Budget steigt von zwei auf 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die eigene Luftabwehrrakete Tien-Kung-III bekommt zwölf neue Stellungen bis 2026. Die Marinebasis Zuoying wächst um ein zweites Becken. Patriot-Stellungen aus amerikanischer Produktion. Wehrpflicht von vier auf zwölf Monate. Das ist keine Entspannung. Das ist Aufrüstung mit Ansage.

Eine Simulation des Center for Strategic and International Studies zeigt, wie teuer ein Taiwan-Krieg wäre. Zwei US-Flugzeugträger versenkt. Zehn bis zwanzig Zerstörer weg. Japan müsste seine Stützpunkte freigeben. Die Kommunistische Partei in China könnte fallen, wenn die Invasion scheitert. Hohe Kosten für alle Beteiligten, auch für die USA. So die Studie.

Aber Moment. Das CSIS ist keine neutrale Denkfabrik. Es ist eine der wichtigsten Stützen des außenpolitischen Establishments der USA, eng verflochten mit dem Council on Foreign Relations. Wer dort sitzt, wechselt zwischen Regierungsäm-

tern, Rüstungskonzernen und Beratungsfirmen. Die Drehtür läuft. Die Narrative wird mitproduziert. Sichtbare und unsichtbare Macht treffen sich in denselben Räumen.

Taiwan setzt auf eigene Verteidigungstechnologien. Klingt nach Souveränität. Ist aber eingebettet in ein Sicherheitsnetz, das von Washington gesponnen wird. Die Insel ist Frontstaat in einem Konflikt, der nie offiziell erklärt wurde. Peking und Moskau fordern regionale Sicherheit ohne militärische Blöcke. Eine noble Pose. Beide Seiten modernisieren ihre Armeen. Beide Seiten brauchen den Feind, um die Maschine am Laufen zu halten.

Wer profitiert? Rüstungsindustrie. Think-Tanks. Geheime Gesellschaften, deren Namen niemand ausspricht. Die eigentliche Macht liegt bei einer Elite, die politische Parteien und Wahlen nutzt, um Kontrolle zu behalten, ohne tiefgreifende Veränderungen zuzulassen. Die Marionetten wechseln, die Fäden bleiben in derselben Hand.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260915_0913_03500.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Allgemeingenehmigung: Vertrauen statt Kontrolle

Oberstleutnant a.D. Hagen · 14. September · Dossier



Achtung, Bürger. Wenn die Bürokratie plötzlich schlank wird, fragt euch zuerst, wer davon abnimmt.

Die Allgemeingenehmigung reduziert die Notwendigkeit für einzelne Anträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Das beschleunigt den Exportprozess. Klingt nach Entbürokratisierung. Klingt nach Effizienz. Klingt nach genau dem Moment, in dem jemand beschlossen hat, dass Kontrolle nur noch im Aktenzeichen existiert.

Wohin geht die Ware? Die NATO dient als Sicherheitsgarantie auf Gegenseitigkeit. Das unterstreicht die Bedeutung der europäischen Partner – schöne Worte aus Brüssel.

sel. Die USA sind auf die Unterstützung europäischer NATO-Partner angewiesen. Stützpunkte. Militärische Anlagen. Nachschubkorridore. Deutschland liefert. Die Tür steht offen, und der Pförtner hat Feierabend.

Aber hören wir genauer hin: Die finanzielle Unterstützung der Ukraine durch die EU ist durch interne Konflikte gefährdet. Ungarn blockiert. Die Slowakei blockiert. Brüssel redet von Einheit und kassiert Veto um Veto. Es gibt eine Diskrepanz zwischen der öffentlichen Haltung der EU und den privaten Meinungen einiger europäischer Führer bezüglich Russland. Öffentlich: maximale Härte. Privat: Kompromissbereitschaft, die niemand zugeben will. Wer profitiert von der schnellen Genehmigung, wenn die politische Front bröckelt?

Die ukrainische Führung zweifelt offen an der Effektivität der westlichen Ausbildung. Modernes Gefecht, Drohnenkrieg, Artillerieduell unter Störbedingungen – das lernt man nicht auf dem Übungsplatz der Partner. Was wir liefern, wird benutzt. Wofür, erfahren wir aus Berichten über zivile Opfer durch ukrainische Drohnenangriffe in russischen Gebieten. Die humanitären Bedenken wachsen. Unklar bleibt, wer auf der Empfängerseite über den Endverbleib entscheidet.

Die EU reagiert auf geopolitische Spannungen, indem sie flexible Speicherziele vorschlägt. Energiestabilität. Speicher voll, Genehmigungen schnell. Das ist kein Zufall. Das ist ein System aus Beschleunigung und Vertrauensvorschuss. Vertrauen wem gegenüber – das steht nicht in der Verordnung.

Mein Rat: Lesen Sie die kleinen Absätze. Genau dort steht, was passiert, wenn niemand mehr einzeln prüft.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A280914_0054_03475.html

KRISEN & KONFLIKTE

Trump und das Diesel: Wer schweigt, wer profitiert?

Jack Morrison · 15. September · Dossier

Die Maschine klickt. Der Bourbon ist kalt.

Evelyn unten singt irgendwas von gestern.

Doonbeg, Irland. Präsident Trump steht auf seinem eigenen Golfplatz — beim Amgen Irish Open — und sagt Reportern, was Kiew zu tun hat. Er sagt es nicht leise. Er sagt es vor Kameras, mit dem Licht eines Septembersonntags über dem Atlantik.

"Mr. Zelenskyy has to do one thing: He has to stop knocking out diesel fuel in Russia."

Ein Satz. Eine Direktive. Vom Präsidenten einer Nation, die nicht im Krieg mit Russland steht — zugestellt an den Präsidenten einer Nation, die es ist.

Die Frage ist nicht, was Trump sagt. Die Frage ist, warum. Und wem es nützt.

Schauen wir die Zahlen an. Russland hat im August seine eigenen Treibstoffexporte beschränkt. Die Ausfuhr von Heizöl und Dieselvorderprodukten fiel auf 591.000 Barrel pro Tag — herunter von einem Jahreschnitt von 860.000 Barrel im Jahr 2025. Das sind Daten der Schifffahrtsanalysefirma Kpler, die bis 2017 zurückreichen. Zahlen lügen nicht.

Aber wer hat die Produktion gedrosselt? Nicht die Ukraine allein. Russland selbst hat den Hahn zugezogen — als Reaktion auf die ukrainischen Schläge. Moskau sperrt seine eigene Ware ein, weil die Raffinerien brennen. Das ist keine Gnade. Das ist Kriegslogik.

Und dann ist da der andere Krieg. Trumps eigener. Im Februar schlugen die USA und Israel den Iran. Öl schoss über 100 Dollar pro Barrel. Waffenruhe kam, Preise fielen. Dann ging das Töten weiter — und am vergangenen Sonntag lag der Preis wieder bei fast 108 Dollar. Diesel in den Vereinigten Staaten auf Rekordhoch. Midterm-Wahlen im November.

Da steht der Präsident auf seinem Rasen in Doonbeg und beschuldigt Kiew, den globalen Dieselmärkte zu ruinieren.

Da klafft eine Lücke. So groß, dass ein Lastwagen durchpasst.

Trump sagt: Hört auf, russische Raffinerien zu treffen. Er sagt: Es gibt andere Ziele. Aber Russlands Öl- und Gasindustrie finanziert den Krieg gegen die westliche Nachbarschaft — gegen genau jene Ukraine, die er auffordert, stillzuhalten.

Ukrainische Offizielle haben das immer wieder erklärt. Es ist keine Kriegsverbrechen-Logik. Es ist eine Brieftaschen-Logik.

Welche Brieftasche?

Da wird es interessant, und da wird es schmutzig. Umar Kremlev — russischer Oligarch, kahlrasiert, spricht kaum Englisch — finanzierte Berichten zufolge die Hochzeit von Donald Trump Jr. Hunderttausende Dollar. Ein IBA-naher Finanzarm in Dubai, im Hintergrund Gazprom, der russische Staatsenergiekonzern. Jared Kushner und Eric Trump unter den Gästen. Kremlev ist Chef der International Boxing Association, einer Sportorganisation mit langer Schattenliste.

Was motiviert einen Mann aus Putins Umfeld, Hunderttausende für die Hochzeit des Sohnes eines US-Präsidenten auszugeben? Eine Geste? Eine Investition? Eine Versicherung?

Unklar bleibt, was im Gegenzug floss. Unklar bleibt, ob diese Verbindung das Verständnis von Trumps Russland-Politik verändert. Unklar bleibt — und das ist die zentrale Frage — ob diese öffentliche Warnung an Zelenskyy Teil einer unsichtbaren Vereinbarung ist.

Denn die Geographie der Warnung verrät mehr als der Inhalt. Doonbeg ist Trumps eigener Platz. Die Irish Open, weiche Kameras, freundliches Publikum. Kein Pentagon-Hintergrund, kein Krisenstab. Eine politische Bühne, kein Schlachtfeld. Wer so spricht, will gehört werden. Wer so spricht, will ein Bild.

Welches Bild? Ein Präsident, der den Frieden will. Ein Präsident, der die Welt vor Engpässen bewahrt. Ein Präsident, der Verantwortung übernimmt.

Nur: Dieselpreise sind hoch, weil Trump selbst einen anderen Krieg führt. Dieselpreise sind hoch, weil die USA den Iran angegriffen haben. Dieselpreise sind hoch, weil die Midterms kommen. All das verschwindet in der Schublade, wenn man Zelenskyy die Schuld in die Schuhe schiebt.

Stunden vor Trumps Worten traf die ukrainische Luftwaffe die TANECO-Raffinerie in der Republik Tatarstan. Zwei Zivilisten starben, sagte die Polizei. Russland antwortete, indem es Tankstel-

len nahe der Front beschoss. Es ist eine Eskalationslogik, ein Spiegel aus Gewalt.

Trump sagt: Hör auf. Es gibt andere Ziele. Aber er sagt nicht, welche. Er sagt nicht, wann. Er sagt nur: Stopp.

Eine solche Direktive, ohne Gegenleistung, ohne Bedingung, ohne Verhandlung — sie ist keine Strategie. Sie ist ein Signal. Und Signale gehen in zwei Richtungen.

Wer profitiert, wenn die ukrainischen Raketen schweigen? Russland. Sein Ölexport. Seine Kriegskasse. Wer profitiert, wenn die Dieselpreise fallen? Trump. Seine Republikaner. Die Midterms.

Wer verliert? Die Ukraine. Die europäischen Verbündeten, die auf eine Schwächung Moskaus setzen. Und am Ende — die Glaubwürdigkeit einer Allianz, die sich gerade selbst zerlegt.

Evelyn singt nicht mehr. Der Bourbon ist warm. Die Maschine wartet.

Und am Horizont, irgendwo zwischen Doonbeg und Donezk, bleibt eine Frage offen, die kein Korrespondent beantworten kann: Wenn der Präsident das Benzin schützt — wessen Benzin schützt er dann?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260915_0116_03487.html

PHARMA & MEDIZIN

FDA politisiert Impfstoff — Moderna legt die Rechnung

Dr. Lena Rath · 16. September · Dossier

Die FDA hat entschieden. Politisch, versteht sich. Befürworter strengerer Impfstoffanforderungen feiern das als Sieg der Vorsicht. Ich lese dasselbe Papier und sehe eine Quittung.

Denn während in Washington die Siegesreden gehalten werden, sitzen Anwälte in Düsseldorf. Patentkammer 4b, Landgericht. Moderna gegen Biontech und Pfizer. Der Vorwurf wiegt schwer: Kopie. Moderna behauptet, dass Biontech und Pfizer Technologien nutzen, die Moderna bereits vor der Pandemie entwickelt hatte.

mRNA — jene Plattform, die binnen zwei Jahren Milliarden umsetzte und Aktienkurse durch Decken schickte.

Drei Fragen ordnen jeden Pharmaskandal: Wer hat das Patent? Wer hat die Studie bezahlt? Wer sitzt im Aufsichtsrat? Die Klage betont die strategische Bedeutung der mRNA-Technologie, die für Moderna, Biontech und Pfizer zentral ist. Strategisch. Das ist kein medizinisches Wort. Das ist ein Bilanzwort.

In Europa könnte das Zulassungsverfahren dennoch erfolgreich sein, steht jedoch vor politischen Herausforderungen. So steht es im Bericht. Wer aber hat den Vertrag unterschrieben, der diese Fairness definiert? Der Fall unterstreicht die anhaltende Bedeutung der Pandemiebekämpfung und die damit verbundenen rechtlichen Herausforderungen. Er hebt die Bedeutung von Transparenz und Fairness in Vertragsbedingungen hervor, insbesondere bei kritischen Gesundheitsprodukten wie Impfstoffen.

Transparenz. Ein hübsches Wort für Leute, die das Kleingedruckte niemandem zeigen.

Die FDA untersucht derzeit Todesfälle nach COVID-Impfungen. Ein Vorgang, der in keiner Siegesfeier vorkommt. Passt er nicht ins Bild — oder wird er nur leiser geschnitten?

Unklar bleibt, wer in den Aufsichtsräten der drei mRNA-Firmen sitzt, welche Summen hinter den Verträgen stehen, wer den FDA-Beschluss vorbereitete. Klar ist: Während Bayer in China auf Kerendia hofft — gegen chronische Niereninsuffizienz, soll die Pharma-Pipeline stärken und die Bewertung weiter verbessern —, wird in Düsseldorf verhandelt, wem die mRNA-Welt gehört.

1937 hätte man gesagt: Die Krankheit gehört dem, der die Apotheke kauft. Heute kaufen wir die Apotheke und nennen es Gesundheitspolitik.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260916_0855_03522.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

DUBAI SCHLÄGT IRAN DIE TÜR ZU

Ezra Wolff · 16. September · Dossier

Die Zahl steht in keinem offiziellen Bericht. Gerade deshalb steht sie über allem.

Milliarden, die niemand besitzen will und jeder bewegt. Dubai. Eine Stadt, die das Umrechnen zur Religion erhoben hat, wird jetzt zum Schiedsrichter.

Die Emirate erwägen, Iran den Zugang zu ihren Finanznetzwerken zu kappen. Wer den Unterschied zwischen erwägen und vollziehen nicht kennt, hat nie zugesehen, wie Geopolitik funktioniert. Zuerst die Prüfung. Dann die Razzia. Dann die Pressemitteilung. Die Reihenfolge ist immer dieselbe. Die Männer in Nadelstreifen erklären derweil, warum der Gürtel enger muss. Für andere, versteht sich.

Dubai war nie nur Hafen. Dubai war Tresor. Briefkastenfirmen in Freizonen, Wechselstuben zwischen den Banken wie Schmuggler zwischen Kontrollposten. Öl wurde zu Dollars, Petrochemie zu Buchungen, Buchungen zu Summen, denen niemand nachfragte. Jahrelang. Sauber wie frisches Geld in schmutzigen Händen.

Jetzt liegen die Scherben auf dem Tisch. Dutzende IRGC-verbundene Geldwechsler wurden in den Emiraten festgenommen. Kein Polizeieinsatz. Eine Visitenkarte, die Washington auflegt: Hier ist, was wir wissen. Hier ist, was wir können. Hier ist, was als Nächstes fällt.

Die Maßnahme ist Washingtoner Druck, gewiss. Aber auch Kalkül. Wer Geschäfte mit einem sanktionierten Staat macht, landet selbst auf der nächsten Liste. Die Emirate haben verstanden. Sie haben keine Wahl. Sie haben ein Interesse.

Was bleibt Iran? Verloren geht der zweitgrößte Handelspartner nach China. Verloren geht die einzige Pipeline, um Öl- und Petrochemieeinnahmen in handelbare Währungen zu verwandeln. Übrig bleiben Straßen, über die kein Geld fließt, und Banken, die keine Dollars mehr hereinlassen.

Offen bleibt, wer die Milliarden kontrolliert, die bereits in Dubai liegen. Bei solchen Summen wird aus Politik schnell Treuhand. Aus Treuhand Verhandlungsmasse. Aus Verhandlungsmasse — irgendwann — Krieg oder Kapitulation.

Die Bücher waren nie ausgeglichen. Sie wurden nur nie gelesen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260916_1656_03532.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DNS-Sonden und schwarze Listen — wer prüft die Prüfer?

Ada Voss · 18. September · Dossier

Ein Kollege aus der Funkabteilung schickte mir letzte Woche eine Adresse: dnschecker.org. Werkzeug, sagte er. Ich habe nachgesehen. Heute Morgen habe ich URLVoid daneben gelegt. Beide zusammen ergeben ein Bild, das in jedes Redaktionsbüro dieser Stadt an die Wand gehört.

DNSChecker schickt eine Anfrage um den Erdball. OpenDNS in San Francisco, Google in Mountain View, Quad9 in Berkeley, Akamai in Cambridge, Cloudflare, Cisco OpenDNS, Fortinet — alles große Namen. Dann weiter: Russland, Südafrika, die Niederlande, Frankreich, Spanien, die Schweiz, Österreich, Großbritannien, Dänemark, Deutschland. Mexiko, Brasilien, Malaysia, Australien, Neuseeland, Singapur, Südkorea, China, die Türkei, Indien, Pakistan, Portugal, Irland, Bangladesch. Über dreißig Empfänger, jede Antwort eine einzelne Stimme. Wer wissen will, ob eine DNS-Änderung wirklich weltweit angekommen ist, ob ein Domain-Umzug sauber durchs Netz propagiert wurde, bekommt hier Klarheit. Visuelle Karten, Diagramme, druckbare PDFs. Solide Arbeit. Nützlich. Bis zu achtundvierzig Stunden Wartezeit, sagt das Tool. Die Maschine des Internets ist langsamer, als man denkt.

URLVoid daneben: dasselbe Prinzip, andere Richtung. Hier geht es nicht um Auflösung, sondern um Ruf. Dreißig Blocklisten, Reputation Engines, Sicherheitsdienste. Man tippt eine Adresse ein, das System fragt nach, ob diese Seite auf einer schwarzen Liste steht — wegen Malware, wegen Phishing, wegen Betrugs. Wer ein Aktivisten-Netzwerk untersuchen will, eine spontan wirkende Bewegung, eine Graswurzel-Kampagne, die verdächtig perfekt orchestriert erscheint, kann hier prüfen: ist die Domain echt? Wer steht dahinter? Wann wurde sie registriert? Steht sie bereits auf einer Liste?

Und hier wird es interessant. Denn die Frage ist nicht nur, was diese Werkzeuge können. Die Frage ist: in wessen Händen liegen die Listen? Wer füllt sie? Wer streicht wieder heraus?

In der Wissenschaft nennt man das Peer-Review und Reproduzierbarkeit. Ein Ergebnis gilt als legitim, wenn andere es nachvollziehen können, wenn es unabhängig bestätigt wird. Dreißig voneinander unabhängige DNS-Server, dreißig voneinander unabhängige Blocklisten — das klingt nach genau diesem Prinzip. Verteilt. Kontrolliert. Vertrauenswürdig.

Aber Legitimität kommt nicht nur aus Verfahren. Sie kommt aus Tradition, aus Charisma, aus rechtlich-rationalen Grundlagen. Legitimität entscheidet über die Stabilität politischer Systeme. Wer aber definiert, was auf eine Blockliste gehört? Welche Sicherheitsfirma entscheidet, dass eine Website bösartig ist? Welcher Konzern, welche Behörde hat Einfluss auf diese Listen? Wir sehen die Oberfläche — die freundliche Eingabemaske, das Häkchen, das grün oder rot leuchtet. Wir sehen nicht die Verhandlungen dahinter. Unklar bleibt, wer tatsächlich den Finger am Abzug dieser Reputation hat.

Das gilt auch für die andere Seite. Wer ein Aktivisten-Netzwerk verifizieren will, kann mit den detaillierten Sicherheitsberichten gefälschte Online-Präsenzen aufspüren, Domains identifizieren, die plötzlich aus dem Nichts auftauchen. Astroturfing — künstliches Gras, gefälschte Graswurzeln — hinterlässt digitale Spuren. URLVoid hilft, sie zu lesen.

Was bleibt, ist die offene Frage: Wer kontrolliert die Kartenzeichner? Die Sonden sind nützlich, die Listen sind nützlich. Aber ohne Transparenz über ihre Quellen, ohne Rechenschaft über ihre Pflege, bleibt jede Legitimität, die sie verleihen, eine geborgte. Vertrauen ist eine Infrastruktur — und Infrastrukturen hat immer jemand gebaut.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260918_0510_03568.html

KLIMAWANDEL

Bunte Versprechen, graue Bilanzen

Doc Brenner · 18. September · Dossier

Brüssel zieht die Schraube an. Wer künftig mit «klimaneutral», «grün» oder «CO₂-kompensiert» wirbt, muss belegen, was er verspricht. Die Masche der letzten Jahre — Slogans auf schmutzige Bilanzen kleben — soll juristisch enden. Greenwashing, dieser alte Trick des Kapitals, wird eingefasst. Von wem, für wen, zu welchem Preis.

Im Schatten aber blüht ein Markt, der dort schon immer stand: der Handel mit Kohlenstoff. Das Pariser Abkommen öffnet die Tür für direkte Kooperationen zwischen Vertragsstaaten — CO₂-Reduktionen werden übertragen, von einer Buchhaltung in die nächste. Das verschiebt die Geologie der Zahlen. Internationale Standards seien notwendig, heisst es. Notwendig — das schöne Wort für: bisher nicht vorhanden.

Beyond Value Chain Mitigation, kurz BVCM, ist der Hoffnungsträger der Konzerne. Sie dürfen Klimaauswirkungen ausserhalb ihrer Wertschöpfungskette mindern. Klingt grosszügig. Klingt nach: wir machen weiter, aber schön anderswo. Singapur macht es vor — die Steuer stieg 2024 von fünf auf 25 Dollar pro Tonne, bis zu fünf Prozent der Last dürfen mit zertifizierten Kohlenstoffkrediten beglichen werden. Geprüft, transparent — sollte man meinen. Im Januar 2024 fand die Straits Times: Kein einziger der in Papua-Neuguinea gehandelten Kredite erfüllte die singapurischen Kriterien. Die Pipeline ist leer. Die Qualität entscheidet über die Glaubwürdigkeit des Marktes.

Hier setzt Brüssel an. Der CBAM wurde als Schutz für die europäische Industrie eingeführt. Wer Netto-Null erreichen will, braucht dauerhafte CO₂-Entnahme und -Speicherung. Keine Buchhaltungstricks. Keine Briefmarken aus dem Regenwald. Wer profitiert, wenn Greenwashing verschwindet? Die ehrlichen Unternehmen — und die Berater, die das Prüfen verkaufen. Wer verschweigt? Jene, die im Nebel der Aggregate operieren. Ich rieche den Rauch alter Verträge und den Staub der neuen.

Meine Stiefel sind dreckig.

Am Ende bleibt ein altes Gesetz: Was der Boden nicht aufnimmt, kann kein Papier der Welt auslösen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260918_0514_03569.html

POLITIK & MACHT

Ein Satz, zwei Souveräne — die Mechanik hinter Trumps Falkland-Spiel

Vera Kastner · 13. September · Dossier

Es gibt Sätze, die wie Immobilienanzeigen klingen und wie Mietverträge wirken. Am 31. August 2026, im Oval Office, vor versammelter Presse, sagte Donald Trump auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten ihre Haltung zu den Falklandinseln überprüften, einen Satz, der in seiner Banalität beinahe beleidigend präzise war: „I always review every position. That's just one of many.“ Auf Deutsch: Ich überprüfe jede Position. Das ist nur eine von vielen.

Man muss kein genferfahrener Diplomat sein, um zu hören, was in diesem Satz nicht steht. Er enthält keine Drohung und kein Zugeständnis. Er enthält eine Tür, die offen bleibt, und das ist, diplomatisch gesprochen, der gefährlichste Möbeltyp, den es gibt. Wer eine Tür offen lässt, kontrolliert das Wetter im Raum.

Die Faktenlage, soweit sie durch die Berichte von Straits Times, BBC und Daily Telegraph belegt ist, zeichnet ein Bild, das der Satz nicht zeigt. Im Pentagon, so die Telegraph-Recherche, werden Vorschläge ausgearbeitet, die Nato-Verbündete mit einem Hebel dazu bewegen sollen, das Fünf-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben zu erreichen. Großbritannien solle dabei „besondere Aufmerksamkeit“ erhalten — durch das Mittel, die britische Souveränität über die Falklandinseln offen anzufechten. Im April, so Reuters unter Berufung auf ein internes Pentagon-Schreiben, tauchten vergleichbare Optionen bereits einmal auf, seinerzeit als Reaktion auf Großbritanniens mangelnde Unterstützung für den amerikanischen Krieg gegen den Iran. Der Falkland-Vorschlag ist also kein Ausrutscher der Pressekonferenz. Er ist eine vorgefertigte Klausel in einem Ent-

wurf, die nur darauf wartet, zitiert zu werden. Was Trump am 31. August tat, war nicht das erste Wort — es war das letzte Siegel. Die Klausel war gedruckt; er strich den Umschlag.

Und genau hier beginnt die Mechanik, die für jeden, der je in Genf an Verhandlungstischen gesessen hat, so vertraut ist wie das eigene Spiegelbild. Man kündigt keine Sanktion an. Man kündigt eine „Überprüfung“ an. Die Kosten der Unsicherheit trägt der andere. Großbritannien, so die Reaktion des Foreign Office durch Ministerin Uma Kumaran, „hat keinen Zweifel“ an seiner Souveränität. Premierminister Andy Burnham hat die Zusage seines Vorgängers Keir Starmer bekräftigt, bis 2035 drei Komma fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Kernverteidigung zu investieren. Die Inselbewohner, so der Regierungssprecher, hätten wiederholt den Wunsch geäußert, britisches Überseegebiet zu bleiben. Der Satz klingt standhaft. Nur: Wer so antwortet, hat bereits bezahlt. Nicht mit Territorium, sondern mit der Energie der Verteidigung. Wer eine Drohung auch nur ernst nimmt, hat sie bereits akzeptiert. So funktioniert die Grammatik der Macht: Das Verb steht im Konjunktiv, die Kosten im Indikativ.

Die Widersprüche, die in den Quellen nebeneinander stehen, sind aufschlussreicher als jeder einzelne Satz. Das US-Außenministerium erklärte im April, die Position zu den Inseln sei „eine der Neutralität“. Donald Trump sagt im August, er überprüfe jede Position. Beides ist offizielle amerikanische Sprache. Beides widerspricht sich nicht im Wörterbuch, aber im Effekt. Neutralität ist ein Zustand. Überprüfung ist ein Verfahren. Und Verfahren enden, das hat die Geschichte gelehrt, nicht immer beim Ausgangspunkt.

In Buenos Aires hat der Präsident, so melden die Agenturen, eine Fernsehansprache zu den „heiligen“ Falklandinseln angekündigt. Es ist bemerkenswert, mit welcher Geschwindigkeit ein Satz aus dem Oval Office in eine südamerikanische Hauptstadt wandert und dort als Ermutigung wieder auftaucht. Argentinien hat die Inseln 1982 mit Waffengewalt beansprucht; 649 argentinische, 255 britische und drei insulare Tote waren der Preis eines Krieges, der 74 Tage dauerte. Ronald Reagan,

der damalige Präsident, hielt sich zunächst neutral. Als die Friedensgespräche scheiterten, gab Washington London militärische und geheimdienstliche Unterstützung. Das ist die Historie, die im Hintergrund jedes amerikanischen Satzes über die Falklands mitläuft wie das Datum auf einer Briefmarke: unsichtbar, aber stempelnd.

Was die TIE-Recherche offenlegt — und hier endet das, was die Quellen tragen, und beginnt das, was offen bleibt —, ist weniger der Inhalt des Pentagon-Papiers als die Mechanik seiner Verbreitung. Im April sickert ein internes Schreiben durch. Im August taucht es in einem anderen Kontext wieder auf. Dazwischen liegt kein öffentliches Eingeständnis, keine Korrektur, keine Erklärung des State Department, dass die Neutralität vom April noch gilt. Was bleibt, ist ein Vakuum, und Vakua füllen sich, wie die Thermodynamik weiß, mit dem, was am lautesten drückt. Unklar bleibt, wer das Papier ursprünglich lanciert hat. Unklar bleibt, wem die Wiederaufführung im August nützt.

Die Labour-Abgeordnete Emily Thornberry, Vorsitzende des Außenausschusses, nannte Trumps Bemerkungen „nonsense“ — ein englisches Wort und ein präzises Urteil. Großbritannien nicht, das zahlt mit Aufmerksamkeit. Argentinien nur rhetorisch, denn eine Änderung der amerikanischen Position bringt die Inseln nicht in seine Hoheit. Die Vereinigten Staaten, so legt es die Mechanik nahe, profitieren am ehesten — durch einen Hebel, der nichts kostet außer einem Satz. Auch die FIFA, nicht ganz unbeteiligt in diesem Konzert, hatte die argentinische Fußballnationalmannschaft nach einem Banner mit der Aufschrift „The Falklands are Argentine“ nach dem Halbfinalsieg gegen England mit einer Geldstrafe von 321.000 Dollar belegt. Auch das ist ein Fakt, der in einer Akte über Druckmittel nicht fehlen sollte.

Vera Kastner schreibt für die Terminal Tribune aus einem Zürich, das zu viele Verträge gesehen hat, um noch an Vertragstreue zu glauben.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260913_1735_03464.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Heilen im Auftrag der Stifter*Prof. Kessler · 12. September · Dossier*

Vier Namen stehen über einer Zahl, die das Volumen vorgibt: 1,8 Millionen US-Dollar, frisches Kapital für iKure Techsoft, einen Anbieter technologiegestützter Primärversorgung in Indien. Philips Foundation, World Diabetes Foundation, Bayer Foundation — vermittelt über We Share Forward — und Prougrn LLC aus Japan. Vier global operierende Stifter, die unabhängig voneinander entschieden haben wollen. Die Pressemitteilung betont das. Ich notiere, Pfeife aus, Notizbuch auf.

Was soll 1,8 Millionen kaufen? Eine Reichweite, die kein Ministerium dieser Breite vorweisen kann: elf indische Bundesstaaten, 7.900 Dörfer, mehr als 36 Millionen Menschen, 4,5 Millionen dokumentierte Patientenkontakte. Primärversorgungs-Hubs, Kliniken, Apotheken, Diagnostik, Telemedizin — gebündelt in WHIMS, einer firmeneigenen Plattform, getragen von über 400 ausgebildeten Community Health Activists. Das ist keine Pilotstudie. Das ist eine Substruktur, die in jenen Räumen entsteht, die ein Staat eigentlich besetzt halten müsste.

Die Stifter haben geprüft, sagt man uns. Delivery Model, Technologieplattform, Skalierungsfähigkeit. Vier Mandate, eine Schlussfolgerung. Das klingt nach Forschungskonsortium, ist eine Kapitalrunde. Hier wird nicht über die Versorgung von 36 Millionen Menschen verhandelt — verhandelt wird über das Versprechen, sie zu versorgen. Ich habe in dreißig Jahren gelernt, Versprechen von Lieferungen zu unterscheiden. Die Lieferung erfolgt später. Das Versprechen zirkuliert jetzt.

Betrachten wir das Muster. Im selben Zeitfenster meldet PepsiCo die Eröffnung einer Lebensmittelfabrik in Nalbari, Assam — 44,2 Acres, fünftes indisches Werk des Konzerns. 80.000 Kleinbauern sollen über 2.200 Agri-Entrepreneurs angeschlossen werden, Indien unter die Top-10-Märkte. Es geht um Chip-Kartoffeln, die drei Jahre Training brauchten, um in Assam überhaupt zu wachsen. Es geht um Cold-

Storage-Kapazität, die als Nebeneffekt einer Beschaffungskette entsteht. Es geht, mit einem Wort, um Infrastruktur, die nicht mehr als öffentliche, sondern als Beiprodukt einer Lieferkette wächst. 75 Prozent der 700 direkten Arbeitsplätze sollen an Frauen gehen. Auch das ist eine Zahl, die wir messen sollen.

Kurz darauf, derselbe Subkontinent: Google und Mitti Labs geben eine Fünf-Jahres-Vereinbarung bekannt, den größten Rice-Methane-Offtake bislang. Eine Million Kohlenstoffzertifikate mit hoher Integrität sollen bis 2030 geliefert werden, skaliert über 100.000 Hektar kleinbäuerlicher Reisfelder. 70.000 Bauern sollen zu wasser- und methansparender Bewässerung überführt werden — bis zu 50 Prozent weniger Methan, fast 40 Prozent weniger Bewässerungswasser, Reiserträge stabil. Methan, so die Mitteilung, verursache rund ein Drittel der bisherigen Erwärmung. Wer das bezahlt, definiert, was „gelöst“ wird.

Drei Pressemitteilungen, drei Branchen, eine Geometrie. Gesundheit für 36 Millionen Menschen, Nahrungsmittelproduktion für 80.000 Bauern, Klimareduktion für 70.000 Bauern — zusammengehalten nicht durch nationale Planung, sondern durch angelsächsische und japanische Stiftungen, Stiftungsmittler und Konzerne. Wohltätigkeit als Architektur. Lösung als Geschäftsmodell. Was als Nische begann, wird in dem Maße zur Superstruktur, in dem die staatliche Antwort ausbleibt.

Was daran ist Skepsis wert? Nicht die Absicht. Stiftungen meinen es oft ehrlich, Konzerne manchmal auch. Die Frage ist die Messung. iKure misst dokumentierte Patientenkontakte — 4,5 Millionen, eine stolze Zahl. Was die Stifter nicht messen, ist die Lücke, die ein Gesundheitsministerium in dem Moment nicht mehr füllen muss, in dem ein privater Akteur sie füllt. PepsiCo misst 75 Prozent weibliche Beschäftigung und das Versprechen, fünf Millionen Vertragsbauern aufzubauen. Was der Konzern nicht misst, ist die Souveränität, die in jedem Chip-Kartoffel-Vertrag mitformuliert wird. Google misst Tonnen Methan und Liter Wasser — genug für drei Jahresverbräuche der Stadt Bengaluru, rechnet die Mitteilung vor. Was Google nicht misst, ist die Definiti-

onsmacht darüber, welche Tonne als „gelöst“ gilt und an welcher Infrastruktur sie hängt.

Ich habe in Laboren gesehen, wie sich Messgrößen an die Hypothese schmiegen. Hier schmiegt sich das Messsystem an den Stifter. Patientendatensätze, die über Jahre tragen statt mit jedem Besuch zu resettet — gut, solange jemand weiterführt, wenn das Stiftungsinteresse weiterwandert. Klimakredite, satellitenvalidiert — elegant, solange das Validierungsregime beim Käufer bleibt. Kleinbauern, die zu Agri-Entrepreneurs werden — produktiv, solange der Vertrag weiterläuft.

Die Republik Indien ist die bevölkerungsreichste Demokratie der Erde. Sie hat ein Gesundheitsministerium, eine Agrarpolitik, eine Klimastrategie. Diese Tage hat sie zusätzlich vier Stifter, eine Chip-Fabrik und einen Carbon-Käufer erhalten. Ob das Verstärkung ist oder Ersatz, entscheidet sich nicht in Pressemitteilungen. Unklar bleibt, wer die Patientenakte weiterführt, wenn die Stifter weiterziehen — und wer misst, was geschieht, wenn das Kapital sich zurückzieht.

Wer kontrolliert am Ende das Narrativ der Lösung, wenn der Zahler zugleich der Prüfer ist?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A280912_1249_03458.html

ENERGIE & KLIMA

Ballon, Barrel, BRICS — wer dreht hier wirklich am Hahn?*Jack Hollis · 16. September · Dossier*

Ich hab Dreck an den Stiefeln. Nicht vom Schreiben — vom Zusehen. Dreißig Jahre auf den Ölfeldern von Texas. Da lernt man, wer den Hahn aufdreht und wer das Geld einstreicht. Wer mit Öl handelt, ohne je welches an den Händen gehabt zu haben.

Ein Ballon. Ein beschissener Spionageballon treibt über Montana, und schon brennen die Drähte zwischen Washington und Peking. Wang Yi nennt die US-Reaktion hysterisch. Die USA werfen China Spionage vor. München wird zur Bühne. Öffentliches Beschuldigen. Gegenseitige Vor-

würfe. Der Ton ist Eiszeit.

Aber das ist die Kulisse. Das Theater für die Kameras.

Dahinter arbeitet Peking an etwas Größerem. China hat seine Ölimporte halbiert. Von zehn Millionen Barrel pro Tag auf gut fünf. Klingt nach Schrumpfung. Ist keins. Ist ein Hebel. Der Economist nennt China die neue OPEC. Adam Tooze nennt es Monopsonmacht. Ich nenne es: Der größte Nachfrager der Welt spielt das gleiche Spiel wie einst die Saudis — nur von der anderen Seite. Ergebnis: Der Ölpreis liegt 20 bis 30 Dollar niedriger, als es die geopolitische Lage hergeben würde.

Vier Hebel hat Peking: strategische Reserven, Raffinerien, Verbrauchssteuerung, Diversifizierung. Alle gleichzeitig. Wer kann das? Niemand sonst auf diesem Planeten.

Während die US-Politiker in München die Hysterie-Karte spielen und Xi sich als Friedensbringer im Ukraine-Konflikt aufspielt, füllt Peking seine Reserven und wartet ab. Die Machtverschiebung ist längst passiert. Die Frage ist nur, wann der Westen es merkt.

Die Antwort auf westliche Sanktionen heißt BRICS Clear. Ein Zahlungssystem außerhalb von SWIFT. 200 Milliarden Euro russisches Geld liegen bei Euroclear eingefroren. Moskau will sie zurück. Iran braucht jede Hintertür. Peking will den Westen spalten. Indien zögert — die Spannungen zwischen Neu-Delhi und Beijing sind offen, Analysten bei Bloomberg zweifeln am Willen der BRICS-Staaten, einem System zu folgen, das nur zwei Mitglieder wirklich brauchen.

Der Spionageballon war nie das Thema. Das Thema ist, wer den Preis an der Zapfsäule kontrolliert. Und wer zusieht, wie Peking das Drehbuch umschreibt — leise, in Yuan, in Barrel. Aus Prinzip trink ich Bier dazu. Aus Prinzip schreib ich's auf.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260916_0117_03515.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 18. September 2026 von selbst. Aus 285 Stücken der Woche vom 12.–18. September 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.